

TAGBLATT

12. April 2013, 07:53 Uhr

Skos-Austritt «kein Thema»



Für das städtische Sozialamt würde sich auch bei einem Austritt aus der Skos nichts ändern.. (Bild: David Gadze)

Nach dem Austritt Rorschachs aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe rufen die Jungfreisinnigen St. Gallen-Gossau den Stadtrat ebenfalls dazu auf. Die Stadt will von einem solchen Schritt jedoch nichts wissen.

DAVID GADZE

Der Fall des Sozialhilfebezügers aus dem aargauischen Berikon, der sich nicht an die Auflagen der Gemeinde

gehalten, die Leistungen aber vor Bundesgericht erstritten hatte, erreicht nun die Stadt St. Gallen. Nachdem Walter Schmid, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) das Urteil gelobt und die Gemeinde Berikon gerügt hatte, kündigte Rorschachs Stadtpräsident Thomas Müller medienwirksam an, die Stadt werde aus Protest aus der Skos austreten (Tagblatt von gestern).

JFDP fordert Austritt der Stadt

In einem offenen Brief an den Stadtrat forderten gestern die Jungfreisinnigen St. Gallen-Gossau auch den Austritt der Stadt St. Gallen aus der Skos. Die Mitgliedschaft sei «problematisch», weil es sich um einen «privaten, genauer gesagt parastaatlichen Verein» handle, der sich der öffentlichen Kontrolle entziehe.

Als Vertreter von Kantonen und Gemeinden nahmen teilweise nicht gewählte Verwaltungsangestellte in der Konferenz Einsitz. Ausserdem seien auch private Organisationen vertreten, die «ohne Rücksicht auf die Interessen der Steuerzahler» über die Richtlinien mitentscheiden dürften. «Dieser Demokratiemangel führt zu völlig unvernünftigen Resultaten, die kaum zu rechtfertigen sind», schreibt die JFDP. Ausserdem sei der harmonisierende Auftrag der Skos «aus wettbewerbsföderalistischer Sicht problematisch». Auch in der Sozialpolitik brauche es innovative Ansätze, um etwa die Anreize zur Reintegration in den Arbeitsmarkt zu fördern. Ein Austritt stelle eine «realistische Alternative zur heutigen Politik» dar und setze «ein Zeichen für sozialpolitische Vernunft und Innovation in einer souveränen Stadt».

Andreas Dudli, Präsident der städtischen FDP, begrüsst das Vorpreschen der Jungpartei. Dieses sei nicht abgesprochen gewesen, die JFDP dürfe als «eigenständige Partei» eigene Positionen beziehen. Was den geforderten Austritt betrifft, sei er «positiv überrascht», dass die Stadt Rorschach und die

Jungfreisinnigen den Mut hätten, diese Dinge anzusprechen. «Bisher war das ein Tabu. Ich begrüsse es, dass man jetzt darüber spricht und allfällige Sparpotenziale bei der Sozialhilfe überprüft.»

Instrumentarium reicht aus

Die Stadt St. Gallen ist zwar Mitglied bei der Skos, hält sich aber an die Richtlinien der kantonalen Konferenz für Sozialhilfe (KOS). Das Instrumentarium bei renitenten Sozialhilfeempfängern sei gerade in der Stadt ausreichend, sagt Stadtrat Nino Cozzio. Es reiche von einer Kürzung der Leistungen um 15 Prozent bis zur Einstellung der Sozialhilfe. «Die schwierigen Fälle, die wir in den vergangenen Jahren in der Stadt hatten, kann ich an zwei Händen abzählen.» Ein Austritt aus der Skos sei für die Stadt deshalb kein Thema. Ohne den Missbrauch von Sozialhilfe verharmlosen zu wollen, brauche es auch keine Verschärfung der Gesetze beziehungsweise Richtlinien. Die KOS arbeite eng mit der Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidenten zusammen. Entscheidungshilfen in der Anwendung der Sozialleistungen würden gemeinsam abgestimmt.

Die Aussage von Werner Schmid sei möglicherweise «ungeschickt» gewesen, aber noch kein Grund, die ganze Arbeit der Skos in Frage zu stellen und gleich «das Kind mit dem Bad auszuschütten», sagt Cozzio. Schon gar nicht reiche sie, um einen Austritt aus der Skos zu rechtfertigen.

Rorschacher Austritt voreilig

Die Reaktion von Thomas Müller bezeichnet Cozzio denn auch als «überstürzt». Dieser habe damit wohl ein Zeichen setzen wollen. Ein solches Vorgehen nütze jedoch niemandem. Als Nationalrat hätte er die Kritik auf einer anderen Ebene und direkt dem Präsidenten gegenüber äussern können. Die Richtlinien der Skos seien ausserdem nicht verbindlich. Rorschach habe gemäss dem kantonalen Gesetz

die gleiche Handhabe wie St. Gallen, um mit schwierigen Sozialhilfeempfängern umzugehen. Auch Müllers Vorwurf, die Skos vertrete deren Anliegen und nicht jene der Sozialämter, zieht Cozzio in Zweifel.

Diesen Artikel finden Sie auf St.Galler Tagblatt Online unter:

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/stadtstgallen/tb-ag/Skos-Austritt-kein-Thema;art197,3366591>

COPYRIGHT © ST.GALLER TAGBLATT AG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG,

WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFT

SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN

OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON

ST.GALLER TAGBLATT ONLINE IST NICHT GESTATTET.